

Unser Programm

für ein gutes Leben
in Heddernheim und Niederursel



Mieten

Wohnen muss bezahlbar bleiben

Wir fordern:

- ▶ **Einen Mietenstopp bei der Nassauischen Heimstätte**

Dafür sammeln wir seit Monaten Unterschriften im Stadtteil. Und wir werden den Druck weiter erhöhen. Das Unternehmen muss die geplanten Mieterhöhungen zurücknehmen.

- ▶ **Einen bundesweiten Mietendeckel**

Der Kampf gegen die Kostenexplosion bei den Mieten kann auch vor Ort erfolgreich sein. Aber die Möglichkeiten sind begrenzt. Deshalb will Die Linke einen bundesweiten Mietendeckel durchsetzen.

- ▶ **Keine Profite mit der Miete**

Wohnkonzerne wollen möglichst hohe Gewinne einfahren. Das verträgt sich auf Dauer nicht mit dem Recht der Mieter auf bezahlbares Wohnen. Deshalb wollen wir diese Unternehmen vergesellschaften.

Heizen

Keine Wärmewende auf Kosten der Menschen mit wenig Geld

Die Mainova will die Fernwärme um bis zu 36 Prozent teurer machen – auch dagegen werden wir im Stadtteil vorgehen. Heizen ist schon teuer genug.

Wir fordern:

- ▶ **Fernwärme ausbauen**

Fernwärme kann zum Klimaschutz beitragen. Das darf aber nicht auf Kosten von Menschen gehen, deren Einkommen kaum zum Leben reicht.

- ▶ **Eine soziale Wärmewende**

Das Geld dafür ist da. Wir nehmen es aus dem "Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität", für das die Bundesregierung 500 Mrd. Euro vorgesehen hat.

- ▶ **Mainova unter demokratische Kontrolle**

Die meisten Fernwärme-Kunden der Mainova können zu keinem anderen Anbieter wechseln. Wir wollen

verhindern, dass das Unternehmen dieses Monopol ausnützt.

Die Mainova muss umgewandelt werden in eine gemeinnützige Gesellschaft. Dann darf sie keine Gewinne mehr machen.

Miteinander

Für einen lebenswerten Stadtteil

Wir fordern:

- ▶ **Ein kommunales Jugendzentrum muss her!**

Für Jugendliche, die nicht in Vereinen aktiv sind, gibt es in Heddernheim und Niederursel nur wenige Freizeitmöglichkeiten. Wir setzen uns deshalb für einen Ort der Begegnung ein, an dem sie ein solidarisches Miteinander erproben können.

- ▶ **Keine Kürzungen beim Bürgergeld!**

Sanktionen treffen nicht nur die Bürgergeld-Empfänger. Sie schüren vor allem Angst vor Arbeitslosigkeit

bei denen, die noch Arbeit haben. Die Menschen sollen gefügig gemacht werden, damit sie jeden Job annehmen – egal unter welchen Bedingungen.

Dagegen fordern wir: Keine Kürzung unter das Existenzminimum! Keine Vertreibung in die Obdachlosigkeit!

- ▶ **Eine sozial-ökologische Verkehrswende**

Fortbewegung muss auch ohne Auto möglich sein – weniger Lärm, Gestank und Stress für alle!

Deshalb fordern wir:

- ▶ **Den öffentlichen Verkehr ausbauen**, nicht nur in Frankfurt, sondern auch ins Umland.

- ▶ **Keine Erweiterung der A5 auf 10 Spuren**

Eine Zunahme des Autoverkehrs bringt dem Stadtteil nichts – außer noch mehr Abgasen und Lärm.

- ▶ **Sichere und bequeme Wege**

Vorrang für Kinder, Ältere und mobilitätseingeschränkte Personen auf allen Straßen. Fußgänger und Radfahrer brauchen ausreichend breite Wege, die vor dem Autoverkehr geschützt sind.